



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Question 2023-GC-199

Schule des Burgquartiers und der Neustadt, Missstände

Urheber:	Kolly Nicolas / Brodard Claude
Zahl der Mitunterzeichner:	0
Einreichung:	05.09.2023
Begründung:	---
Überweisung an den Staatsrat:	06.09.2023
Antwort des Staatsrats:	19.09.2023

I. Anfrage

Die Direktion für Bildung und kulturelle Angelegenheiten (BKAD) verfügte 2022, dass die Schulen des Burgquartiers und der Neustadt zusammengelegt werden.

Seitdem die neue Schuldirektorin dieser zusammengelegten Schule ihr Amt angetreten hat, hat anscheinend fast die Hälfte der Lehrkräfte an der Schule gekündigt oder ist krankgeschrieben, manchmal für längere Zeit.

Ausserdem entschied die neue Schuldirektorin im Mai 2023, dass ab Schuljahresbeginn 2023/24 rund 100 Kinder eine andere Schule als diejenige ihres Wohnquartiers besuchen müssen (5H-6H in der Neustadt; 7H-8H im Burgquartier), wodurch oft Geschwister getrennt werden und die betroffenen Kinder gezwungen sind, sich in belebten oder stark befahrenen Strassen der Stadt Freiburg zu bewegen. Dies führte unter den betroffenen Kindern und Eltern, aber auch in der Bevölkerung der betroffenen Quartiere zu grosser Unzufriedenheit. Diese Problematik war bereits Gegenstand einer ersten schriftlichen Anfrage (Anfrage 2023-GC-176).

Der Schulinspektor, der diese Entscheide überwachte, war offenbar im frühen Sommer 2023 krankgeschrieben und wurde im Juli 2023 von der BKAD versetzt, obwohl er eigentlich die Beschwerden von Eltern bearbeiten sollte, welche die Entscheide der Schuldirektorin anfochten.

Schliesslich hat die Person, die für die Leitung der neuen Schule verantwortlich ist, seit ihrem Amtsantritt vor mehreren Jahren anscheinend nie eine Evaluation durchlaufen.

Angesichts dieser Tatsachen stellen wir dem Staatsrat die folgenden Fragen:

1. Bestätigt der Staatsrat die oben genannten Informationen? Wenn nicht, wie sieht es aus?
2. Ist der Staatsrat mit der Führung der Schule Burgquartier-Neustadt zufrieden?
3. Wenn nicht, hat der Staatsrat in dieser Schule Missstände festgestellt?
4. Sind diese Probleme auf den äusserst fragwürdigen Entscheid der BKAD zurückzuführen, die von der Stadt Freiburg geforderte Ausnahmegewilligung zu verweigern, mit der diese die alten Schulen im Burgquartier und in der Neustadt hätte erhalten können?

5. Wie erklärt der Staatsrat die zahlreichen Abgänge von Lehrkräften und die vielen krankheitsbedingten Abwesenheiten?
6. Ist diese Fluktuation üblich oder übermässig?
7. Welche Massnahmen gedenken der Staatsrat und insbesondere die BKAD zu ergreifen, um die Missstände zu beheben?

II. Antwort des Staatsrats

Die Antworten auf die Fragen der beiden Grossräte sind kurz gehalten, weil sie zum einen Beschwerdegründe wiedergeben, die derzeit von einer Familie im Rahmen des Falls Burgquartier-Neustadt beim Kantonsgericht eingereicht werden, und zum anderen, weil die Antwort auf die Anfrage 2023-GC-176 «Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in der Stadt Freiburg mit variabler Geometrie?» bereits einige Aufschlüsse gibt. Folgendes kann jedoch ergänzt werden:

1. Bestätigt der Staatsrat die oben genannten Informationen? Wenn nicht, wie sieht es aus?

Nein. Der Staatsrat bestätigt die in der Anfrage gemachten Angaben aus den Gründen nicht, die nachfolgend sowie in der oben genannten Antwort auf die Anfrage 2023-GC-176 dargelegt werden.

2. Ist der Staatsrat mit der Führung der Schule Burgquartier-Neustadt zufrieden?

Er ist damit vollkommen zufrieden. Bei der Zusammenlegung der Schulen des Burgquartiers und der Neustadt setzte die Schuldirektorin einen Entscheid der BKAD um, der sich auf das Schulgesetz stützt.

3. Wenn nicht, hat der Staatsrat in dieser Schule Missstände festgestellt?

Der Staatsrat stellte keine Missstände fest.

4. Sind diese Probleme auf den äusserst fragwürdigen Entscheid der BKAD zurückzuführen, die von der Stadt Freiburg geforderte Ausnahmegewilligung zu verweigern, mit der diese die alten Schulen im Burgquartier und in der Neustadt hätte erhalten können?

Der Staatsrat ist erstaunt über die verwendeten Begriffe und dieses Urteil ohne Kenntnis der Unterlagen, zumal der Entscheid der BKAD sich auf das Schulgesetz stützt.

5. Wie erklärt der Staatsrat die zahlreichen Abgänge von Lehrkräften und die vielen krankheitsbedingten Abwesenheiten?

Die Kündigungen von Lehrerinnen und Lehrern sind nicht auf angebliche Missstände an der Schule zurückzuführen. Jeder Austritt, jede Vertragsänderung und jede Krankschreibung wurde von der BKAD untersucht. Die Schule zählt 33 Lehrerinnen und Lehrer. Hinsichtlich der Abgänge ist zur Veranschaulichung Folgendes anzumerken: Fünf Personen verfügen über einen Vertrag für das gesamte Kantonsgebiet und nicht nur für eine bestimmte Schule; sie haben dort so lange gearbeitet, wie es nötig war; zwei Personen haben die Schule aufgrund der Schliessung ihrer Klasse verlassen, was in solchen Fällen logischerweise vorkommt. Das Kantonsgericht wird diesbezüglich eine ausführliche Stellungnahme der BKAD erhalten. Bei den «zahlreichen Krankschreibungen» handelt es sich effektiv um zwei.

Besonders schwerwiegend ist die Behauptung, der Schulinspektor des Schulinspektoratskreises 3 sei von der BKAD versetzt worden. Dies ist nicht der Fall. Nach einem Rücktritt wechselten in drei Schulinspektoratskreisen die Schulinspektorin oder der Schulinspektor, und zwar auf ihren eigenen Wunsch hin.

6. *Ist diese Fluktuation üblich oder übermässig?*

Die BKAD sieht keinen signifikanten Unterschied zu anderen Schulen im Kanton.

Zur Information: Die BKAD schliesst jedes Jahr etwa 1600 Verträge und Vertragsänderungen ab.

7. *Welche Massnahmen gedenken der Staatsrat und insbesondere die BKAD zu ergreifen, um diese Missstände zu beheben?*

Der Staatsrat plant keine Massnahmen.

Im Januar 2023 veröffentlichte der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) die Ergebnisse einer breit angelegten Umfrage zu Fällen von Gewalt gegen Lehrpersonen. In 36 % der Fälle geht die Gewalt von den Erziehungsberechtigten, in der Regel den Eltern, aus. Der Kanton Freiburg bleibt davon nicht verschont. In den letzten Monaten und im Zuge der Zusammenlegung des Schulkreises Burg-Neustadt haben Lehrkräfte, Mitglieder der Schuldirektion und schulische Führungskräfte vor Ort verlauten lassen, dass sie von mehreren Eltern starkem Druck, verbalen und schriftlichen Angriffen, die hauptsächlich auf Verunglimpfung abzielten, ausgesetzt gewesen seien. Der Staatsrat teilt die Besorgnis der BKAD über diese Situation und kann solches Drohgebaren nicht dulden.